

Wie lange kommt die Müllabfuhr noch?

Stand: 17.03.2020 |

Von [Carsten Dierig](#), Wirtschaftskorrespondent

Deutschlands Entsorgungsbetriebe fordern lockerere Vorgaben, um trotz des Coronavirus weiter Müll abholen zu können. Doch auch die Bürger müssen mithelfen – und dürfen nicht plötzlich in einen Entrümplungs-Modus verfallen.

Der Müll wird in Deutschland weiterhin abgeholt. Diese Aussage ist Peter Kurth wichtig. „Die Entsorger werden sich nicht aus dem öffentlichen Raum zurückziehen“, versichert der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) gegenüber WELT.

Und doch könnte in den kommenden Wochen einiges anders werden bei der Müllabfuhr in Deutschland. Das jedenfalls machen die kommunalen Betriebe deutlich, die sich die Müllentsorgung hierzulande mit der vom BDE vertretenen Privatwirtschaft teilen. „Sollte es aufgrund von mehreren Krankheits- und Quarantänefällen in den Unternehmen zu personellen Engpässen kommen, priorisieren die kommunalen Betriebe eine Entsorgung, ausgerichtet an den Anforderungen des Gesundheitsschutzes“, kündigt Patrick Hasenkamp, Vizepräsident des Verbands Kommunaler Unternehmen (VKU), an.

Dicht besiedelte Gebiete hätten dann Priorität vor dünn besiedelten Entsorgungsgebieten, erklärt Hasenkamp. Das bedeutet: Die Müllfahrzeuge bedienen zunächst großen Wohneinheiten in den Ballungsgebieten und erst dann Einfamilienhäuser in den Vororten von Städten oder auf dem Land.

Bei den Abfallarten wiederum wird dem VKU zufolge zuerst der sogenannte medizinische Abfall entsorgt. Dazu gehört beispielsweise der Müll aus Krankenhäusern, Arztpraxen oder Pflegeheimen. Anschließend hätten Bioabfälle Priorität und dann der Hausmüll, sagt Hasenkamp.

Entsorgung soll „systemrelevant“ werden

Erst danach folgen Wertstoffe, Papier und schließlich der Sperrmüll. „Bestimmte Services wie etwa Abholdienste von Sperrmüll oder die Grün-

schnittentsorgung können bei Bedarf zeitweilig ausgesetzt und Wertstoffhöfe geschlossen werden“, sagt der Verbandsvertreter gegenüber WELT.

Grundvoraussetzung für jegliche Art der Entsorgung sind in allen Fällen genügend Mitarbeiter. Und um deren Einsatz in der sehr personalintensiven Branche zu gewährleisten, fordern die Entsorger von Politik und Verwaltung nun eine zeitweise Lockerung einiger Vorschriften.

„Wir brauchen jetzt Flexibilität und nicht das starre Festhalten an Regeln, die für Ausnahmesituationen nicht gemacht sind“, meint BDE-Chef Kurth. Gemeint seien dabei zum Beispiel Arbeitszeitregelungen. „Wenn in den Unternehmen erkrankte Fahrer ausfallen, müssen die verbliebenen Fahrer auch nachts und/oder sonntags oberhalb ihrer Stundenbegrenzung arbeiten dürfen“, fordert Kurth.

Gleichzeitig muss nach Vorstellung des BDE die Entsorgungswirtschaft in sämtlichen Bundesländern zur „systemrelevanten Infrastruktur“ gezählt werden. In Hessen zum Beispiel sei das derzeit noch nicht der Fall. „Daran aber hängen Vereinfachungen bei der Kita- und Schulnotbetreuung“, erklärt Kurth, der zudem auch fordert, dass Lagerkapazitäten unbürokratisch erhöht werden können. „Da geht es dann um all die Stoffe, die nicht stinken und Ratten anlocken.“ Kurth nennt zum Beispiel Papier und Glas, aber auch Schrott.

Verband will höhere Lagerkapazitäten

Unterstützt wird er dabei von der Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen (BDSV). „Die genehmigten Lagerkapazitäten reichen mittlerweile nicht mehr aus, um die Mengen zwischenzulagern“, schreiben Verbandspräsident Andreas Schwenter und Hauptgeschäftsführer Thomas Junker in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) und Umweltministerin Svenja Schulze (SPD).

So sei beispielsweise der Handel mit Italien, mit über 1,7 Millionen Tonnen pro Jahr einer der wichtigsten Abnehmer von Stahlschrott, durch die Corona-Krise beinahe zum Erliegen gekommen. „Wir bitten daher die beiden Ministerien, sich bei den für den Ländervollzug zuständigen Behörden für eine unbürokratische, temporäre Ausnahmeregelung zur Erhöhung der Lagerkapazitäten einzusetzen, damit Annahmestopps vermieden werden können und der Recyclingkreislauf nicht unterbrochen wird.“

BDE-Kollege Kurth fordert zudem, trotz der zunehmenden Grenzsicherungen für den Personenverkehr, zumindest den internationalen Warenverkehr nicht zu stoppen. Das sei zur Verhinderung von Kapazitätsengpässen dringend erforderlich. Denn es werde nicht nur Stahlschrott exportiert. „Umgekehrt kommen auch andere Metalle zum Recycling zu uns nach Deutschland.“

Noch dazu werde Müll aus Ländern wie Italien, Großbritannien oder den Niederlanden importiert und in den heimischen Müllverbrennungsanlagen unschädlich gemacht. Und das ist für die Unternehmen ein wichtiges und einträgliches Geschäft.

„Nur die nötigsten Entsorgungen durchführen“

Ganz hinten in der Prioritätenliste steht der Branche zufolge in nächster Zeit der Sperrmüll. Die Entsorgungsbetriebe bitten daher um Rücksichtnahme seitens der Verbraucher, die derzeit offenbar vermehrt ihre Keller und Wohnungen entrümpeln. „Offensichtlich nutzen viele die Zwangspause im öffentlichen Leben und beginnen, das Haus aufzuräumen“, berichtet Sabrina Fischer, die Abteilungsleiterin Deponie und Wertstoffhöfe, beim USB Umweltservice Bochum.

Das aber könne schnell zu einer Überlastung der Wertstoffhöfe führen. „Deshalb der dringende Appell: bitte nur die nötigsten Entsorgungen durchführen“, sagt Fischer. Das seien insbesondere Abfälle, die aus hygienischen Gründen nicht im Haushalt verbleiben sollten, also Restmüll und organische Abfälle. „Der USB möchte so lange es geht die Öffnung der Wertstoffhöfe aufrechterhalten.“

Und Bochum ist dabei nur ein Beispiel, wie es beim VKU heißt, der ebenfalls vor unnötig steigenden Müllmengen warnt in der aktuellen Situation. Die Unternehmen hätten ohnehin schon genug damit zu tun, den laufenden Betrieb zu organisieren. Krisenstäbe sind dabei allerorten eingerichtet.

Die achten darauf, dass eingesetztes Personal möglichst wenig persönlichen Kontakt untereinander hat und so das Infektionsrisiko gemindert wird. „So zum Beispiel arbeitet die Verwaltung zu großen Teilen im Homeoffice, Essenszeiten und Pausen werden entzerrt“, beschreibt VKU-Vize Hasenkamp. „Dort, wo es möglich ist, wird die Organisation zudem von verschiedenen Betriebshöfen aus gesteuert, sodass bestimmte Gruppen von Mitarbeitern gar nicht erst in Kontakt miteinander kommen.“